

Vereinigtes Königreich | 24.09.2015 | Lesezeit 4 Min.

Briten pokern hoch

Voraussichtlich 2016 sollen die Briten über ihre Mitgliedschaft in der EU abstimmen. Entscheiden sie sich für den Austritt, steht unter anderem der freie Waren- und Dienstleistungsverkehr mit den EU-Ländern infrage. Vor allem die britischen Finanz- und Unternehmensdienstleister, aber auch die Chemie und die Energiewirtschaft müssten neue Handelshürden befürchten.

Den Euro wollten sie nie haben, Kompetenzen an Brüssel geben sie nur ungern ab und auch in der aktuellen Flüchtlingskrise fahren sie einen eigenen Kurs: Die Briten kommen mit dem „Kontinent“ oftmals nicht auf einen Nenner. Zwar ist das Vereinigte Königreich schon seit dem Jahr 1973 Mitglied der Europäischen Union, doch eine echte Herzensangelegenheit war die EU-Familie für die Briten nie so recht.

In den Eurobarometer-Umfragen überwiegt seit Jahren der Anteil jener britischen Bürger, die angeben, sie hätten ein negatives Bild von der EU - während das Image der europäischen Staatengemeinschaft in den anderen Mitgliedsländern deutlich besser ist:

Im Herbst 2014 gaben 30 Prozent der Briten ein positives Urteil über die EU ab, 32 Prozent dagegen ein negatives. In den EU-Ländern insgesamt betrug die Relation 39 zu 22 Prozent.

EU: Briten sind not amused

Im Rahmen des Eurobarometers werden die Bürger der EU-Staaten regelmäßig zu ihrer Einstellung zur Europäischen Union befragt

Saldo aus positiven und negativen Bewertungen in Prozentpunkten

■ EU-Länder insgesamt ■ Vereinigtes Königreich



Quelle: Eurobarometer

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwd 39

Der britische Premier David Cameron, der mit seiner konservativen Partei die Unterhauswahlen im Mai 2015 gewonnen hat, stellt nun sogar die EU-Mitgliedschaft seines Landes zur Abstimmung. Wie bereits vor den Wahlen angekündigt, will er die Bevölkerung über den Verbleib in der EU entscheiden lassen – möglicherweise schon im Herbst 2016.

Der Ausgang des Referendums ist zwar noch offen. Sicher ist aber, dass bei einem EU-Austritt der Briten – dem „Brexit“ – schwerwiegende Konsequenzen drohen. Denn das Vereinigte Königreich hätte dann, sofern die EU nicht entsprechende Zugeständnisse macht, keinen ungehinderten Zutritt mehr zum Binnenmarkt mit seinen Grundfreiheiten:

1. Ohne die **Personen- und Arbeitnehmerfreizügigkeit** könnte es zum Beispiel für britische Staatsangehörige schwieriger werden, Arbeitsplätze in anderen EU-Ländern zu bekommen.
2. Die **Kapitalverkehrsfreiheit** wäre ebenfalls nicht mehr garantiert. Von ihr hat bislang vor allem der britische Finanzsektor profitiert, der mit einem Wertschöpfungsanteil von mehr als 8 Prozent eine starke Säule der Wirtschaft im Vereinigten Königreich ist.

Einschränkungen im Kapitalverkehr könnten aber auch die Firmen anderer Branchen aus Drittstaaten davon abhalten, in Großbritannien Direktinvestitionen zu tätigen, da sie von dort aus nicht mehr ungehindert in die EU expandieren könnten. Gerade US-Konzerne, die bislang auch aufgrund der gleichen Sprache das Vereinigte Königreich als Brückenkopf zur EU nutzen, könnten ihre Europa-Niederlassungen an andere Standorte in der EU verlagern. Dabei geht es um viel Kapital: Immerhin ist der Bestand ausländischer Direktinvestitionen im Vereinigten Königreich von 2004 bis 2013 um fast 170 Prozent auf 975 Milliarden Pfund gestiegen - nach dem derzeitigen Wechselkurs sind das mehr als 1.300 Milliarden Euro.

1. Nicht zuletzt steht die **Freiheit im Waren- und Dienstleistungsverkehr** auf dem Spiel. Sowohl Großbritannien als auch die EU könnten Zölle wieder einführen; Zollabfertigungsverfahren und andere bürokratische Regulierungen würden die Kosten des Handels in die Höhe treiben. Das Recht auf die gegenseitige Anerkennung nationaler Vorschriften würde erlöschen.

All dies würde den grenzüberschreitenden Handel schwächen - mit erheblichen Folgen nicht nur für das Vereinigte Königreich:

Im Jahr 2014 gingen 48 Prozent der britischen Warenexporte in die anderen EU-Länder - und die waren umgekehrt für 53 Prozent der britischen Importe verantwortlich.

Unterm Strich übertrafen die Einfuhren aus der EU die Ausfuhren dorthin um 91 Milliarden Euro - allein im Warenhandel mit Deutschland verzeichnete Großbritannien ein Defizit von mehr als 35 Milliarden Euro.

Im Dienstleistungsbereich würden neue Handelshindernisse ebenfalls Schaden anrichten - schließlich entfielen zuletzt 37 Prozent aller britischen Service-Exporte auf Kunden in anderen EU-Ländern. Dabei erzielte das Vereinigte Königreich 2014 einen

Überschuss in Höhe von fast 20 Milliarden Euro.

Diese Handelsdaten spiegeln die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der übrigen EU noch nicht einmal vollständig wider. Daher ist es sinnvoll, zusätzlich die Lieferungen von Vorleistungen - zu denen beispielsweise Rohstoffe und Maschinenteile, aber auch gewerbliche Mieten zählen - unter die Lupe zu nehmen. Denn sie zeigen, wie sehr die Wertschöpfungsprozesse - sowohl in der Industrie als auch im Dienstleistungsbereich - mittlerweile europaweit organisiert sind.

Vereinigtes Königreich: Eng mit den EU-Partnern verflochten

Vorleistungen sind Waren oder Dienstleistungen, die Unternehmen von anderen Unternehmen kaufen und in der eigenen Produktion verwenden. Zu den Vorleistungen zählen unter anderem Rohstoffe, Brennstoffe, Fertigteile – zum Beispiel von Maschinen –, Reparaturleistungen, Anwaltskosten, Postgebühren und gewerbliche Mieten

Die jeweils sechs Branchen mit dem größten Überschuss bzw. Defizit im Vorleistungshandel im Jahr 2011 in Milliarden Dollar

Vorleistungs-
lieferungen ...

■ ... des Vereinigten Königreichs
an andere EU-Länder

■ ... anderer EU-Länder
an das Vereinigte Königreich

■ Saldo

Kredit- und Versicherungsgewerbe	44,0	2,8	41,1
Unternehmensdienstleistungen	48,9	17,7	31,2
Bergbau	19,9	8,5	11,4
Kokerei, Mineralölverarbeitung u. Ä.	19,2	8,1	11,1
Nachrichtenübermittlung	5,3	2,0	3,3
Chemische Erzeugnisse	24,9	23,8	1,0
Holzgewerbe	0,4	2,8	-2,4
Papier- und Verlagsgewerbe	4,0	7,7	-3,7
Sonstiger Maschinenbau	6,5	12,1	-5,6
Transportausrüstung	14,9	21,2	-6,3
Metallerzeugung und -bearbeitung	17,4	24,0	-6,6
Elektrische und optische Ausrüstung	13,6	21,5	-7,8

Ursprungsdaten: Welt-Input-Output-Datenbank

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwd 39

Auffällig ist, dass Großbritannien in einigen Wirtschaftszweigen einen deutlichen Überschuss im Vorleistungshandel mit anderen EU-Ländern erzielt:

Die Vorleistungslieferungen des britischen Finanzsektors an die übrige EU übertrafen die entsprechenden Importe zuletzt um rund 41 Milliarden Dollar. Im Bereich der Unternehmensdienstleistungen betrug der Saldo gut 31 Milliarden Dollar.

Ein Plus im Vorleistungshandel erwirtschafteten die Briten aber auch in einigen Industriezweigen wie dem Energiesektor und der Chemie.

Genau in diesen Wirtschaftsbereichen, in denen aus EU-Sicht der Handel defizitär ist, könnten die anderen Mitgliedsstaaten nach einem „Brexit“ wenig geneigt sein, britischen Firmen durch entsprechende Abkommen den Zugang zum Binnenmarkt uneingeschränkt offen zu halten. Vor allem Banken, Beratungsfirmen, Energielieferanten oder Chemieunternehmen aus dem Vereinigten Königreich hätten aus diesem Grund wohl Handelshemmnisse zu befürchten.

Besser sähe es unter anderem für die britische Metall- und Elektro-Industrie aus. Denn sie gehört zu den Branchen, in denen die EU im Vorleistungshandel mit dem Vereinigten Königreich Überschüsse erzielt - und diese Absatzchancen würden die verbleibenden EU-Länder nicht durch Zoll- und sonstige Handelshürden eigenmächtig verringern wollen.

Kernaussagen in Kürze:

- Die Briten stehen der EU tendenziell skeptischer gegenüber als die Bürger in den anderen EU-Staaten.
- Ein Brexit könnte gravierende Folgen haben - ohne entsprechende Zugeständnisse der EU hätte das Vereinigte Königreich keinen ungehinderten Zugang zum Binnenmarkt mehr.
- Derzeit ist der Handel zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sehr intensiv, auch jener mit Vorleistungen.